



CAGE

Care·Gender·Green Economy

Green Economy – eine Annäherung

Arbeitspapier von Stefanie Roth unter Mitarbeit von Claudia König

Die aktuell diskutierten Krisen, wie die Energiekrise, Krise der Arbeit, der demographische Wandel, die Finanzmarktkrise und der Klimawandel machen deutlich, dass ein Wandel unserer Wirtschaftsweise und Lebensmodelle erforderlich ist. Diese „multiplen Krisen“ (Brand 2009) und der durch sie erforderliche Wandel bieten gleichzeitig Chancen für grundlegende gesellschaftliche Veränderungen (genanet 2011b: 2). Die unterschiedlichen Krisenphänomene stehen dabei nicht unverbunden nebeneinander, sondern müssen in ihrer Gesamtheit und vor allem in ihrer wechselseitigen Verknüpfung betrachtet werden (ebd.; Brand 2009; Demirović et al. 2011).

Was wird unter einer Green Economy verstanden?

Zwanzig Jahre nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung im Jahre 1992 in Rio de Janeiro, dem Auftakt der Diskussion zu nachhaltiger Entwicklung, wurde bei der Rio+20-Konferenz 2012 ein thematischer Schwerpunkt auf das Konzept „Green Economy“ gesetzt (genanet 2011b: 1).

Inwiefern ist ein Greening der Wirtschaft eine Strategie um den vielfältigen Krisenphänomenen zu begegnen und was ist unter Green Economy zu verstehen?

Ebenso wie der Begriff Nachhaltigkeit wird das Konzept der Green Economy je nach Kontext unterschiedlich definiert und beinhaltet verschiedenste Ansätze und Konzepte (Röhr 2011: 2). Wirtschafts- und Arbeitnehmerorganisationen sehen in der Green Economy vorrangig eine Chance für eine ökologische und effiziente Produktion durch neue Technologien und die Schaffung von Arbeitsplätzen (Green Jobs) aufgrund neuer und wachsender Märkte. Mit diesem stark "technologieorientierten, industriewirtschaftlichen Ansatz" (ebd.) halten diese Akteure an der Logik des Wirtschaftswachstums fest und betonen vor allem das Potential einer „grüneren“ Wirtschaft im Hinblick auf technologische Neuerungen im Bereich der Erneuerbaren Energien und einer insgesamt umweltfreundlicheren Produktionsweise (ebd.). Dieses Verständnis von Green Economy steht in enger Verbindung mit dem Konzept des „Green Growth“, mit welchem u. a. die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) arbeitet. Diese sieht in dem Konzept „[...] a framework for how countries can achieve economic growth and development while at the same time combating climate change and preventing costly environmental degradation and the inefficient use of natural resources“ (OECD 2011: 3).

Im Bericht “Towards a Green Economy“ des United Nations Environmental Programme (UNEP) wird Green Economy als eine Wirtschaftsweise verstanden “that results in ‘improved human well-being

and social equity, while significantly reducing environmental risks and ecological scarcities¹. In its simplest expression, a green economy is low-carbon, resource efficient, and socially inclusive“ (UNEP 2011: 16). Diese Definition ist weitaus umfassender als Ansätze, welche hauptsächlich auf Strategien wie neue Technologien und Effizienzsteigerungen fokussieren. Zum einen da in der Definition der UNEP die sozialen Dimensionen des Wirtschaftens mitgedacht werden und da diese auf das Gerechtigkeitspostulat nachhaltiger Entwicklung verweist. Zum anderen wird im Zusammenhang mit einzelnen Bereichen, wie bspw. Land- und Wasserwirtschaft auf die Notwendigkeit genderspezifischer Strategien hingewiesen (Röhr 2011: 2).

Im Abschlussdokument „The future we want“ der Rio+20-Konferenz spielt das Konzept der Green Economy ebenfalls eine zentrale Rolle. Ebenso wie in der Interpretation der UNEP (2011) wird Green Economy nicht gleichgesetzt mit nachhaltiger Entwicklung. Green Economy soll nicht den Begriff der der Nachhaltigkeit ablösen, sondern wird vielmehr als ein Instrument verstanden, welches die Erreichung der Ziele einer nachhaltigen Entwicklung ermöglicht² (Gottschlich 2014: 413).

Das Verständnis von Ökonomie im Abschlussdokument der Rio+20-Konferenz ist insofern umfassend als dieses den wirtschaftlichen Wandel mit sozialen und politischen Aspekten verknüpft. Im Kontext einer Green Economy wird die Verbesserung der Lebensbedingungen von gesellschaftlich benachteiligten und diskriminierten Menschen betont und auf verschiedene Konzepte wie bspw. die Sicherung der Livelihoods und das Konzept der menschenwürdigen Arbeit der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) („decent work“) verwiesen³, welche aufgrund der Lobbyarbeit sozialer Bewegungen und Organisationen ihren Eingang in den Diskurs fanden (ebd.: 412ff).

Ein mit dem Begriff der Green Economy in Verbindung stehendes Konzept ist das des Green New Deals. Dieses Konzept wird vorrangig von den Grünen auf europäischer Ebene vertreten. In Deutschland bezieht sich vor allem die Heinrich-Böll-Stiftung darauf (Bauhardt 2013: 12f). Ausgehend von der Krisenhaftigkeit der Verhältnisse wird eine sozial-ökologische Transformation der Gesellschaft gefordert. Das von der Heinrich-Böll-Stiftung beschriebene Konzept des Green New Deals („Green New Deal. Die Zukunft beginnt jetzt!“⁴) sieht hohe Investitionen in unterschiedlichen Bereichen vor (Klimaschutz, Stadtplanung, Energiesanierung, Bildung etc.) und fordert zudem soziale Teilhabe und umfassende Umverteilung innerhalb und zwischen den Ländern des Südens und Nordens (Röhr 2011: 2). Obgleich in den entsprechenden Strategiepapieren der Grünen⁵ Geschlechtergerechtigkeit als Ziel benannt wird, mangelt es in der Ausgestaltung der Umsetzung und konkreten Maßnahmen an deren Integration und „weite Teile der Strategiepapieren sind

¹ Green Economy als eine Wirtschaftsweise, die „menschliches Wohlergehen steigert und soziale Gerechtigkeit sicherstellt, während gleichzeitig Umweltrisiken und ökologische Knappheiten erheblich verringert werden“ (genanet 2011b: 1)

² “In this regard, we consider green economy in the context of sustainable development and poverty eradication as one of the important tools available for achieving sustainable development and that it could provide options for policymaking but should not be a rigid set of rules” (General Assembly 2012: 10).

³ (ebd.: 11)

⁴ (Heinrich-Böll-Stiftung e.V. 2011)

⁵ Mara Kuhl untersucht in ihrer Studie die folgenden vier Strategiepapieren der Grünen: The Greens/EFA Green New Deal Working Group 2010b; The Greens/EFA Green New Deal Working Group 2011; The Greens/EFA Green New Deal Working Group 2010a; European Green Party 2010.

geschlechterblind oder gehen von androzentrismen Prämissen aus“ (Kuhl 2012: 6). Ebenso wird in der Konzeption des Green New Deals der Heinrich-Böll-Stiftung zwar auf die sozialen Dimensionen der gesellschaftlichen Transformation und auf das Postulat der Gleichheit und Partizipation verwiesen, dennoch finden sich in den Vorschlägen zur Umsetzung der Ziele keine Aspekte von Geschlechtergerechtigkeit (Röhr 2011: 3).

Aus feministischer Perspektive werden die verschiedenen Konzepte und Verständnisse von Green Economy und verwandten Begriffen häufig als auf den falschen Prämissen beruhend oder zumindest als unzureichend kritisiert.

Feministische Kritik an vorherrschenden Konzepten von Green Economy

Bereits in den Anfängen der Debatte um das Leitbild einer Nachhaltigen Entwicklung wurde von feministischen Wissenschaftler_innen (u. a. Eblinghaus/ Stickler 1996) Kritik daran geäußert, dass in der Debatte um globale soziale und ökologische Krisen sowie im Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung selbst ungleiche Machtverhältnisse weitgehend unberücksichtigt bleiben. Die Lobbyarbeit zahlreicher feministischer und Frauen-Organisationen bei der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 führte dazu, dass einzelne Forderungen hinsichtlich der ungleichen Betroffenheit von sozial-ökologischen Problemen aufgrund geschlechtsspezifischer Rollen und Aufgabenbereichen in die Agenda 21, das Abschlussdokument der Konferenz, Eingang nahmen (Wichterich 1992: 15f). Den jahrelangen Bemühungen zum Trotz wurden und werden feministische Perspektiven und Forderungen im Diskurs zu Nachhaltigkeit und Green Economy häufig marginalisiert und bleiben unberücksichtigt (Röhr 2011).

Allen oben beschriebenen und vorherrschenden Verständnissen einer Green Economy ist jedoch gemeinsam, dass die kapitalistische Inwertsetzungslogik nicht in Frage gestellt und vehement am Wachstumsgedanken festgehalten wird. Zwar wird im Rahmen des Green New Deal ein „umweltfreundliches Wachstum mit besserer Gesundheit, mehr Bildung und qualifizierten Arbeitsplätzen“ sowie dessen Entkopplung vom Ressourcenverbrauch gefordert (Heinrich-Böll-Stiftung e.V. 2011: 9) und im Abschlussdokument der Rio+20-Konferenz von „sustained, inclusive and equitable economic growth“ (General Assembly 2012: Abs. 4, 6, 10, 58) gesprochen. Dennoch ist der Zweck des Wirtschaftens nicht vorrangig die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse, sondern ausgerichtet an Profitraten und Wachstumsprognosen.

Hinsichtlich der globalen Krisensituationen wird die Ungleichverteilung von Macht und Ressourcen thematisiert, aber nicht zur zentralen Ursache und Schwerpunkt der Debatte gemacht. Deshalb sind die im Rahmen von Green Economy diskutierten Veränderungen der Konsummuster und Produktionsweisen nur ein Teil möglicher Veränderungen (genanet 2011b: 2). Im Folgenden sollen einige feministische Forderungen und Ansätze formuliert werden, welche das Konzept der Green Economy um eine machtkritische Perspektive erweitern und ein Wirtschaftsmodell entwerfen, welches sich nicht an Profit, sondern vielmehr an menschlichen Bedürfnissen und der Frage nach einem guten Leben orientieren:

Die Produktivität des Reproduktiven

Wird bspw. im Abschlussdokument der Rio+20-Konferenz das Konzept der „decent work“ (General Assembly 2012: Abs. 23, 56) angeführt so ist mit menschenwürdiger Arbeit die Sphäre der Erwerbsarbeit gemeint (Gottschlich 2014: 419). Die bezahlten und unbezahlten Sorge- und

Versorgungsarbeiten, ebenso wie die Reproduktion der Natur bleiben in diesem Kontext unbeachtet und unbewertet, werden aber als unendliche Ressourcen für das ökonomische System verwertet und bilden die Basis jeglichen Wirtschaftens. Die produktiven Care-Leistungen, die immer noch maßgeblich Frauen erbringen, sowie die ökologische Produktivität werden einerseits als vermeintlich reproduktiv aus der Marktökonomie abgespalten und externalisiert, gleichzeitig jedoch vereinnahmt und ausgeschöpft (u. a. Biesecker/ Hofmeister 2006; Biesecker/ Hofmeister 2010: 70; genanet 2011b: 6f; Bauhardt 2013: 11)⁶.

Im bisherigen Wirtschaftsmodell sind sorgende Tätigkeiten entweder ins Private verschoben und führen zu Mehr- und Überbelastungen oder werden als Erwerbsarbeit schlecht bezahlt (genanet 2011b: 3). Die Aufwertung der Care-Ökonomie durch deren Monetarisierung und Inwertsetzung führt jedoch zu neuen Ausschlüssen und verschiebt die Probleme, da bspw. bezahlte Versorgungsarbeiten immer häufiger von Frauen aus Ländern des Südens und Osteuropas geleistet werden (vgl. u. a. Biesecker/ Hofmeister 2006: 446f; Leitner/ Ostner 2000; Kontos 2010). „Dadurch ist weltweit eine neue, allerdings höchst fragwürdige internationale Arbeitsteilung zwischen Frauen entstanden („transnationale Versorgungsketten“), die ihrerseits zu einer Verschärfung von sozialer Ungleichheit führt“ (genanet 2011b: 3). Gleichzeitig gilt bspw. der Erhalt von Biodiversität als Legitimation dafür Natur zu privatisieren und (Kultur-)pflanzensorten zu patentieren. Diese neuen Ausschlüsse und Abwertungen führen zu neuen Grenzen zwischen Produktivem und Reproduktivem (Biesecker/ Hofmeister 2008: 446f; Biesecker/ Hofmeister 2010: 72).

„Grünes“ Wachstum=nachhaltig?

In allen Konzepten zu Green Economy werden das westliche Lebens- und Produktionsmodell und die Logik der Gewinnmaximierung weitestgehend unhinterfragt vorausgesetzt und am Wachstumsgedanken festgehalten. Doch Wachstum führt nicht generell zu mehr Wohlstand sondern erfordert vielmehr eine stete Steigerung des Konsums (genanet 2011a: 1). Die Entkoppelung des Wachstums vom Ressourcenverbrauch ist bis dato nicht gelungen und erweist sich u. a. aufgrund des Rebound Effektes⁷ nicht als adäquate Strategie (genanet 2011b: 3). Zudem bedeuten neue und „grünere“ Technologien zwar effizientere Produktionsabläufe, jedoch bergen sie die Gefahr der Verschiebung von Problemen und neuer, bisher unerkannter Risiken, etwa wenn die Nutzung von Agrartreibstoffen in Europa zu der Enteignung von Kleinbäuer_innen in Indonesien und zum monokulturellen Anbau von Ölpalmen führt oder wenn ökologisch bedenkliche Produktionsstätten von Unternehmen in Länder des Südens verlagert werden (Brand 2012: 4).

„Materieller Wohlstand führt nicht automatisch zu Glück, es ist die Gerechtigkeit, die zum Wohlbefinden aller der entscheidende Faktor ist. Je mehr wir selbst haben, desto mehr fehlt uns. Und um dies mit Geld zu erreichen, verengt sich die Vielfalt unserer Fähigkeiten auf deren bloße Wettbewerbsfähigkeit“ (genanet 2011a: 1).

⁶ Weitere Quellen hierzu siehe Bauhardt 2013: 11: (vgl. Braidotti et al. 1994; Mellor 1997; Nebelung et al. 2001; Floro 2012; Wichterich 2012; Bauhardt 2012)

⁷ Der Rebound Effekt (rebound = engl. für Rückprall) meint, dass gesteigerte Effizienz in der Produktion durch erhöhten Konsum und damit steigende Produktion wieder relativiert wird.

Ein Wirtschaften, welches die Prinzipien der Vorsorge und Fürsorge für Menschen und die Berücksichtigung gesellschaftlicher Ungleichverhältnisse sowie die Sorge für künftige Generationen und die Natur in den Mittelpunkt stellt, ist unvereinbar mit dem Glauben an stetes Wachstum und Effizienzsteigerungen. Die Maßlosigkeit des Wachstums geht einher mit Sorglosigkeit und die „Logik der Effizienz wird im Bereich der ‚Care Economy‘ absurd. Wachstumssteigerungen sind hier kaum möglich“ (genanet 2011b: 6).

Unser Verständnis einer Green Economy

...erfordert ein grundlegendes Umdenken und ein ganzheitliches Ökonomieverständnis

Sozial-ökologischer gesellschaftlicher Wandel erfordert eine Abkehr von der bisherigen ökonomischen Logik hin zu einem Wirtschaftsmodell, welches die menschlichen Bedürfnisse in den Mittelpunkt rückt. Er erfordert ein Wirtschaftsmodell, in welchem es darum geht, für andere, für die Natur und für zukünftige Generationen zu sorgen, um ein ‚gutes Leben‘ für alle möglich zu machen (ebd.: 2). Dies bedeutet sowohl die Produktivität der vermeintlich reproduktiven Leistungen menschlicher und gesellschaftlicher Tätigkeiten als auch die ökologische Produktivität als Grundlage und Teil des Wirtschaftens anzuerkennen. Auf dieser Grundlage muss das Ökonomische neu definiert werden, und ein ganzheitliches Ökonomieverständnis erfordert eine neue Definition von Arbeit, die die unterschiedlichen Arbeitsformen als Bestandteil der Ökonomie anerkennt. Voraussetzung dafür ist auch eine Diskussion darüber, welche Arbeiten gesellschaftlich notwendig sind (ebd.: 7). Um gesellschaftlich notwendige Arbeit inter- und intragenerationell gerecht zu verteilen und individuelle Entscheidungsmöglichkeiten unabhängig von Geschlecht zu eröffnen, bedarf es ebenso „einer grundsätzlichen Umgestaltung der bestehenden Geschlechterordnung moderner Gesellschaften“ (ebd.).

...erfordert eine gesellschaftliche Aushandlung wie wir leben möchten

Es geht nicht nur darum, immer effizienter zu produzieren, sondern ebenso darum, suffizienter zu leben. Das heißt nicht, dass alle in Askese leben müssen, sondern es bedeutet vielmehr, danach zu fragen, was genau produziert werden soll, welche Produkte für wen notwendig sind und ob die sozialen und ökologischen Folgen der Produktion gesellschaftlich tragbar sind (ebd.: 5).

Suffizienter zu leben soll nicht heißen, dass die Verantwortung in die privaten Haushalte verschoben wird und es ausschließlich um eine Veränderung des individuellen Alltagshandelns und der eigenen Lebensweise geht. Vielmehr geht es auch um eine Aushandlung und Transparenz hinsichtlich der Fragen, in welcher Art und Weise Produkte hergestellt werden, wer diese Produkte vertreibt und wie oder wo Erlöse investiert werden (ebd.).

Neue Technologien müssen hinsichtlich sozialer, ökonomischer und ökologischer Aspekte geprüft und in die gesellschaftliche Realität integriert werden. Aus diesem Grund ist ein technokratisches, rein wissenschaftliches Expert_innenwissen zwar hilfreich, aber keinesfalls ausreichend, um über zukünftige Entwicklungen zu entscheiden. Es bedarf partizipatorischer und demokratischer Prozesse und Räume, welche eine wirkliche Mitgestaltung aller ermöglichen. „Wir brauchen viele Menschen, die Verantwortung für diese Prozesse übernehmen, die Gerechtigkeit als Grundlage allen Wirtschaftens anerkennen. Wir brauchen eine Politik, die offen dafür ist und bereit, diese Prozesse in jeder Hinsicht zu unterstützen“ (Röhr 2011: 4).

...erfordert andere Wohlstandsmodelle

Die Wohlstandsbemessung am BIP ist unzureichend – nicht nur materieller Wohlstand ist wichtig, sondern auch viele weitere Aspekte führen zu menschlichem und gesellschaftlichem Wohlstand und Wohlbefinden. Selbstverwirklichung, Entscheidungsfreiheit, soziale Beziehungen, Sicherheit, Akzeptanz, Leichtigkeit, Kreativität sind Bedürfnisse, die zu individuellem und gemeinschaftlichem Wohlstand beitragen. Alternativ zur rein monetären Messung von Wohlstand stehen unterschiedliche Konzepte, welche ausgehen von einem Recht aller Menschen auf ein „gutes Leben“ und der Selbstbestimmung und -definition was das jeweils bedeutet.

„Martha Nussbaum und Amartya Sen haben das gute eben durch die freie Entfaltung der Fähigkeiten definiert, mit der Menschen ihr Leben selbständig gestalten können“ (Nussbaum 2000 und Sen 2009, in: Wichterich 2012: 47. Wohlstand wird in diesem Verständnis mehrdimensional gemessen und nicht an einer Kennzahl festgemacht. Eine Studie von Wilkinson & Pickett (2010) zeigt, dass Gleichheit und Gerechtigkeit wesentliche Einflussfaktoren sind auf die Zufriedenheit und das Wohlergehen aller in einer Gesellschaft. Eine große Kluft zwischen materiell armen und reichen Menschen und damit verbundenem Konkurrenzdruck führt zu Krankheiten, Unzufriedenheit und Misstrauen in allen Bevölkerungsschichten (Wilkinson/ Pickett 2010, in: Wichterich 2012: 47; genant 2011b: 4). Es geht deshalb darum gemeinsam auszuhandeln, was Wohlstand jeweils bedeutet und wie wir leben und wirtschaften möchten.

Literaturverzeichnis

- Bauhardt, Christine (2012): Feministische Ökonomie, Ökofeminismus und Queer Ecologies – feministisch-materialistische Perspektiven auf gesellschaftliche Naturverhältnisse. In: gender politik online. April 2012.
- Bauhardt, Christine (2013): Wege aus der Krise? Green New Deal – Postwachstumsgesellschaft – Solidarische Ökonomie: Alternativen zur Wachstumsökonomie aus feministischer Sicht. In: GENDER. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft. Bd. 5, H. 2, S. 9-26.
- Biesecker, Adelheid/ Hofmeister, Sabine (2006): Die Neuerfindung des Ökonomischen. Ein (re)produktionstheoretischer Beitrag zur sozial-ökologischen Forschung. Bd. 2. München.
- Biesecker, Adelheid/ Hofmeister, Sabine (2008): Die Neuerfindung des Ökonomischen: Ein (re)produktionstheoretischer Beitrag. In: Gottwald, Franz-Theo/ Herzog-Schröder, Gabriele/ Walterspiel, Verena (Hrsg.): Fruchtbarkeit unter Kontrolle? Zur Problematik der Reproduktion in Natur und Gesellschaft. Frankfurt am Main, S. 433-454.
- Biesecker, Adelheid/ Hofmeister, Sabine (2010): Im Fokus: Das (Re)Produktive. Die Neubestimmung des Ökonomischen mithilfe der Kategorie (Re)Produktivität. In: Bauhardt, Christine/ Çağlar, Gülay (Hrsg.): Gender and Economics. Feministische Kritik der politischen Ökonomie. Wiesbaden, S. 51-79.
- Braidotti, Rosi/ Charkiewicz, Ewa/ Hausler, Sabine/ Wieringa, Saskia (1994): Women, the Environment and Sustainable Development. Towards a Theoretical Synthesis. London.
- Brand, Ulrich (2009): Die Multiple Krise. Dynamik und Zusammenhang der Krisendimensionen, Anforderungen an politische Institutionen und Chancen progressiver Politik. Heinrich Böll Stiftung. Berlin.
- Brand, Ulrich (2012): Schöne Grüne Welt. Über die Mythen der Green Economy. Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin.
- Demirović, Alex/ Dück, Julia/ Becker, Florian/ Bader, Pauline (Hrsg.) (2011): VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus. Hamburg.
- Eblinghaus, Helga/ Stickler, Armin (1996): Nachhaltigkeit und Macht. Zur Kritik von Sustainable Development. Frankfurt.

- European Green Party (Hrsg.) (2010): The macro-economic and financial framework of the Green New Deal. 13th EGP Council, Tallinn, 8-10 Oct. 2010 – Adopted Policy Paper.
- Floro, Maria S. (2012): The Crises of Environment and Social Reproduction: Understanding their Linkages. In: Journal of Gender Studies. H. 15, S. 13-31.
- genanet - Leitstelle Gender, Umwelt, Nachhaltigkeit (Hrsg.) (2011a): Green Economy Gender_Gerecht. Auf dem Weg in eine ressourcenschonende und gender_gerechte Zukunft. Stellungnahme von genanet - Leitstelle Gender, Umwelt, Nachhaltigkeit. Berlin.
- genanet - Leitstelle Gender, Umwelt, Nachhaltigkeit (Hrsg.) (2011b): Green Economy: Gender_Gerecht! Auf dem Weg in eine ressourcenschonende und gerechte Gesellschaft, Diskussionspapier von genanet - Leitstelle Gender, Umwelt, Nachhaltigkeit, Deutscher Frauenrat, Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd), Frauenpolitischer Rat des Landes Brandenburg e.V., Verband deutscher Unternehmerinnen. Berlin.
- General Assembly (2012): The future we want. A/RES/66/288, 11 September 2012. General Assembly.
- Gottschlich, Daniela (2014): Kommende Nachhaltigkeit. Bausteine für ein kritisch-emanzipatorisches Konzept nachhaltiger Entwicklung aus feministischer, diskurstheoretischer Perspektive. Baden-Baden.
- Heinrich-Böll-Stiftung e.V. (Hrsg.) (2011): Green New Deal. Die Zukunft beginnt jetzt! Berlin.
- Kontos, Maria (2010): Europäische Politiken im Zuge der Globalisierung von Pflegearbeit. Unter: http://www.gwi-boell.de/downloads/Kontos_Europaeische_Politiken_zu_globalisierter_Pflegearbeit_Mai2010.pdf (Stand: 28.11.2013).
- Kuhl, Mara (2012): Geschlechteraspekte des Green New Deal - eine Analyse der Strategiepapiere der Grünen/EFA Green-New-Deal-Arbeitsgruppe, Studie im Auftrag der Fraktion Grünen. Berlin.
- Leitner, Sigrid/ Ostner, Ilona (2000): Frauen und Globalisierung. Vernachlässigte Seiten der neuen Arbeitsteilung. In: APuZ. Aus Politik und Zeitgeschichte. Bd. 50, H. 48, S. 39-46.
- Mellor, Mary (1997): Feminism & Ecology. Cambridge, Mass.
- Nebelung, Andreas/ Poferl, Angelika/ Schultz, Irmgard (2001): Geschlechterverhältnisse – Naturverhältnisse. Feministische Auseinandersetzungen und Perspektiven der Umweltsoziologie. Bd. 6. Opladen.
- Nussbaum, Martha (2000): Women and Human Development. The Capabilities Approach. Cambridge.
- OECD/The Organisation for Economic Co-operation and Development (Hrsg.) (2011): Towards Green Growth. Paris.
- Röhr, Ulrike (2011): Green Economy. Die Wirtschaft soll grüner werden - aber wird sie damit auch gerechter? In: FrauenRat. Bd. 60, H. 5, S. 2-4.
- Sen, Amartya Kumar (2009): The Idea of Justice. London.
- The Greens/EFA Green New Deal Working Group (Hrsg.) (2010a): The employment dimension of the Green New Deal.
- The Greens/EFA Green New Deal Working Group (Hrsg.) (2010b): Why we need a Green New Deal.
- The Greens/EFA Green New Deal Working Group (Hrsg.) (2011): The industrial dimension of the Green New Deal.
- UNEP/United Nations Environmental Programme (Hrsg.) (2011): Towards a Green Economy: Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication.
- Wichterich, Christa (1992): Die Erde bemuttern. Frauen und Ökologie nach dem Erdgipfel in Rio: Berichte, Analysen, Dokumente. Köln.
- Wichterich, Christa (2012): Die Zukunft, die wir wollen – Eine feministische Perspektive. Berlin.
- Wilkinson, Richard G./ Pickett, Kate (2010): Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind. 3. Aufl. Berlin.